



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen–Nr.: 21-3668.1

**Sitzungsvorlage öffentlich**

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Öffentlich	Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten (JHA)	18.01.2023
Öffentlich	Jugendhilfeausschuss	01.02.2023
Öffentlich	Jugendhilfeausschuss	01.03.2023

**Aufruf des Sozialratschlags Hamburg: Umdenken und Handeln für eine bedarfsgerechte Soziale Stadtteilarbeit  
Eingabe vom 07.12.2022**

Siehe Anlage.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.01.2023 wurde über die Eingabe beraten und es wurde von einem Mitglied auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe folgender Antrag gestellt:

*„Die Eingabe mit der Drucksache 21-3668 wird vom Jugendhilfeausschuss inhaltlich unterstützt.“*

Zu diesem Antrag wurde von einem anderen Mitglied auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe Beratungsbedarf angemeldet. Gleichzeitig wurde die Eingabe zur weiteren Beratung in den Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten (JHA) überwiesen.

**Petition:**

**Der Ausschuss wird um Beratung gebeten.**

**Anlage/n:**

Eingabe vom 07.12.2022

**Von:** [sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de](mailto:sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de) <[sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de](mailto:sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de)>

**Gesendet:** Mittwoch, 7. Dezember 2022 15:24

**An:** [sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de](mailto:sozialratschlag@schluss-mit-austeritaet.de)

**Betreff:** [EXTERN]-Aufruf des Sozialratschlags Hamburg: Umdenken und Handeln für eine bedarfsgerechte Soziale Stadtteilarbeit

Liebe Mitglieder der Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
Liebe Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses sowie der Jugendhilfeausschüsse in den Hamburger Bezirken,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Freitag haben sich auf Einladung des Hamburger Sozialratschlags Beschäftigte in der Sozialen Arbeit zu einer Aktionskonferenz anlässlich der Beratungen des Hamburger Doppelhaushalts getroffen. Zum Abschluss wurde eine Erklärung beschlossen, die wir Ihnen anbei zur geschätzten Kenntnisnahme und Berücksichtigung senden. Wir möchten Sie freundlich um eine Antwort bitten, ob Sie unser Anliegen unterstützen.

Gerne stehen wir sowohl für Rückfragen als auch für die Beratung weiterer Schritte bereit!

Mit freundlichen Grüßen,  
Andreas Scheibner und Sinah Mielich (für den Sozialratschlag Hamburg im Rahmen der Kampagne "International Solidarisch: Schluss mit Austerität")

Kontakt:

Andreas Scheibner (Tel.: 0172-7566428)

Sinah Mielich (Tel.: 0177-3641333)

**Aufruf von Aktiven aus sozialen Einrichtungen zu den Beratungen über den Hamburger Doppelhaushalt 2023/24:  
Umdenken und Handeln für eine bedarfsgerechte Soziale Stadtteilarbeit**

Eine lebenswerte Stadt braucht keine Elendsverwaltung, sondern emanzipatorische Soziale Arbeit, mithilfe derer progressive Antworten auf die gesellschaftlichen Krisen gefunden werden können! Emanzipatorische Soziale Arbeit sieht ihren gesetzlichen Auftrag darin, die Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe der Adressatinnen und Adressaten zu vergrößern.

Junge Menschen und Erwachsene brauchen Räume und Plätze, um sich zu treffen, sich auszutauschen, ihre Interessen zu entwickeln und um gemeinsam Probleme zu bearbeiten.

Die bedarfsbezogene Finanzierung solch stadtteilorientierter Sozialer Arbeit ist für die Stadt Hamburg eine nachhaltige Investition, die die Lebensqualität für alle steigert. Der Bildungsauftrag darf nicht nur auf Schulen begrenzt sein. Ein wichtiger Lernort sind insbesondere die Lebenswelten, in denen (junge) Menschen aufwachsen.

Hier gilt es, im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienförderung stadtteil- und quartiersbezogen bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln.

Entgegen nachweislicher Erfolge stadtteilorientierter Einrichtungen für ein aufgeklärtes und soziales Miteinander ist die finanzielle Absicherung dieser sozialen Infrastruktur jedoch keineswegs gegeben.

Mit komplizierten Antragsvoraussetzungen für Kostenübernahmen, Teilfinanzierungen von Angeboten aus unterschiedlichen Budgets, Personalmittelkürzungen, befristeten Projektfinanzierungen trotz fortlaufenden Angebots und zusätzlichen Anforderungen des Berichtswesens werden die Praxiseinrichtungen und NutzerInnen behördlich zunehmend mit bürokratischen Anforderungen gegängelt. – Die für Pädagogik notwendige Beziehungsarbeit mit jungen Menschen und Familien kann wegen der personellen Unterbesetzung so kaum noch geleistet werden. Die tarifliche Bewertung und Bezahlung ist unangemessen. Die Arbeitsbedingungen sind vielfach gesundheitlich belastend.

Dieser Zustand muss umgehend verändert werden!

Die Sicherung und Entwicklung von Demokratie braucht Institutionen, in denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene Demokraten sein und Demokratie lernen und praktizieren können. Diese Einrichtungen und ihre Beschäftigten benötigen längerfristige finanzielle Absicherungen.

Wir fordern ein gemeinsames Forum mit sozialpolitisch Verantwortlichen aus der Hamburger Bürgerschaft, der Hamburger Verwaltung und Vertreter:innen aus der Sozialen Arbeit, um diesen Missstand zu überwinden!

02.12.2022